

702.29-01-2018

09.10.2018

031.01-17/18
711.01-04

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.2)

Herr Senator Dr. Dressel trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2018/2379, betreffend

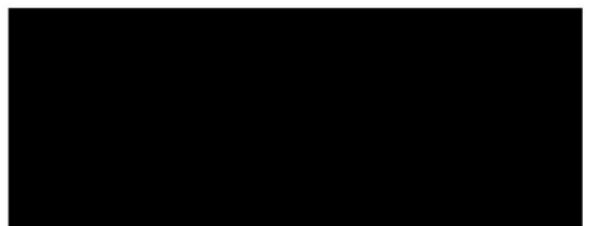
Haushaltsplan 2017/2018: Nachbewilligung nach § 35
Landeshaushaltsordnung sowie Verlagerung der Zuständigkeit für die
Zentrale Dienstpostenbewertungskommission,

vor.

Der Senat nimmt Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

1. Der mit der Drucksache vorgeschlagenen Verlagerung der Zuständigkeit für die Zentrale Dienstpostenbewertungskommission von der Finanzbehörde auf das Personalamt wird zugestimmt.
2. Das Personalamt und die Finanzbehörde werden beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen für die Umsetzung der Aufgabenverlagerung vorzunehmen.
3. Die mit der Drucksache vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft wird beschlossen und der Präsident des Senats wird ermächtigt, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung der Senatsmitteilung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen.

Gr. Verteiler



Berichterstattung:
Senator Dr. Dressel
Staatsrätin Lentz

TOP I.2
Büchweg

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2018/02379
vom: 26.09.2018

**Haushaltsplan 2017/2018: Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung
sowie Verlagerung der Zuständigkeit für die Zentrale Dienstpostenbewertungskommission**

A. Zielsetzung

Anpassung des Haushaltsplans 2017/2018 an zwischenzeitlich festgestellte veränderte Bedarfe sowie Verlagerung der Zuständigkeit für die Zentrale Dienstpostenbewertungskommission in Hamburg von der Finanzbehörde auf das Personalamt.

B. Lösung

Beschluss der beigefügten Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft und zustimmende Kenntnisnahme zur vorgesehenen Zuständigkeitsverlagerung.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Auf Ebene des Gesamthaushalts werden das Jahresergebnis, der bereinigte Finanzmittelbedarf und die Nettokreditaufnahme nicht verändert.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine. Die vorgesehenen Änderungen der Darlehens-, Investitions- und Kostenermächtigungen werden im Einzelplan 9.2 ausgeglichen.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf

- ☐ Familienpolitik
- ☐ Klimaschutz
- ☐ Bürokratieabbau
- ☐ Inklusion
- ☐ Gleichstellung

G. Alternativen

Keine.

H. Anlage

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft mit weiteren Anlagen.